

Antworten der Parteien auf die Fragen des BUND Jüchen zur Kommunalwahl 2014, nach Themen geordnet.

(Reihenfolge nach Eingang der Antwortschreiben)

Energie

Die fossilen Energievorräte (Erdöl, Kohle etc.) sind begrenzt. Die Energiegewinnung aus ihnen belastet durch ihre Emissionen die Umwelt, durch die CO₂-Produktion das Klima.

Frage I: *Wie unterstützen Sie in Jüchen eine sichere, umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung.*

Frage II: *Mit welchen Anreizen fördern Sie das private Engagement für erneuerbare Energien?*

Frage III: *Würden Sie Fracking auf Jüchener Gebiet befürworten?*

DieLinke

ad I: Da der Gemeinderat wider besseres Wissens alle Energiemaßnahmen in der letzten Wahlperiode durch einen 25 Jahresvertrag an einen Stromkonzern verscherbelt hat, wird eine Umkehr wohl zu meinen Lebzeiten nicht mehr möglich sein.

ad I: Durch die Gründung einer Energie Genossenschaft könnte jeder Jüchener Bürger sich an erneuerbaren Energien beteiligen und somit auch den Grundstein für die Gemeinde- eigene Energieversorgung legen, und damit den Weg ebnen den Kampf gegen den Knebelvertrag zu beginnen.

ad I: Auf gar keinen Fall! Wir lehnen dieses nicht nur für die Gemeinde ab sondern setzen uns für ein weltweites Fracking Verbot ein.

SÖWA

Energie und Klima bedingen einander. Zusätzlich zu den Maßnahmen die wir im Bereich des Klimaschutz fordern, muss der Fuhrpark der Verwaltung auf Effizienz und Alternativen untersucht werden. Ziel ist die CO₂-neutrale Verwaltung. Dabei müssen alle Bereiche miteinbezogen werden. Auch die Energieeffizienz von z.B. Kopieren und anderen Geräten sollte geprüft werden um diese evtl. durch effizientere Geräte zu ersetzen. Wir unterstützen die Initiative der FWG zum Bau einer Bürger-Photovoltaik-Anlage.

B90/DieGrünen

Zum einen verweisen wir hier auf unsere Proteste gegen den Braunkohletagebau. Leider waren wir nicht erfolgreich. Parallel dazu unterstützen wir die Massnahmen zur Energiegewinnung aus regenerativen Quellen. Z.b. Photovoltaik, Windenergie, Biomasse e.t.c. Auch die Einsparung von Energie ist ein probates Mittel. Z.b. Energiesparlampen, Abschaltungen b.z.w. Dimmung von Strassenbeleuchtung e.t.c.

Fracking lehnen wir generell ab. Sowohl auf Jüchener Gebiet als auch in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

FWG

Insbesondere soweit Neubaugebiete oder große öffentliche Bauprojekte anstehen, sollte die Energieversorgung, also sowohl hinsichtlich Wärme als auch Elektrizität mittels Blockheizkraftwerken, erreicht werden. Bis vor Kurzem haben wir auch noch die Einrichtung so genannter Bürger-Solaranlagen gefordert. Allerdings ist dies derzeit aufgrund der arg zurückgefahrenen Förderung durch Bund und Land nicht mehr rentabel. Dennoch ist es für uns wichtig, den Umstieg von Atom- und Kohle auf Erneuerbare Energien zu befördern. Derzeit sind Windkraftanlagen im Gemeindegebiet arg diskutiert. Wir sehen das so, dass unsere Gemeinde durch den Tagebau bereits mehr als genug Beiträge zur Energiegewinnung geleistet hat. Dies gilt auch hinsichtlich der Ausweisung von Windvorrangzonen in unserem Gemeindegebiet. Erst nach vollständiger Rekultivierung der Tagebaubereiche stehen der Gemeinde wieder ausreichende Flächen hierfür zur Verfügung.
(für mehr Details <http://fwg2014.blogspot.de/2014/04/windrad-in-juchen-keine-windrader-mehr.html>)

Zum Fracking haben wir eine klare Haltung: nämlich ein deutliches NEIN! Wir halten die derzeitigen Technologien schlicht für zu unausgereift und hinsichtlich ihrer ökologischen Folgen für unkalkulierbar und wollen dies weder generell und im speziellen schon gar nicht für Jüchen.
Siehe hierzu: <http://fwg2014.blogspot.de/p/fracking.html>

SPD

ad I + II: Die Gemeinde beginnt in diesem Jahr mit der gesetzlich vorgeschriebenen Erarbeitung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes. Dazu gehört auch ein Konzept zur Erzeugung erneuerbarer Energien, das sie SPD schon vor mehr als einem Jahr gefordert hat, um ein vernünftiges Verhältnis zwischen Bedarf (Strom, Wärme) und Anlagentyp (Windkraft, Photovoltaik, Solarthermie, Biomasse) herzustellen. Eine „freihändige“ Verteilung sollte vermieden werden. Ziel sollte sein, den Eigenbedarf der Gemeinde durch lokale (dezentrale) Energiequellen weitestgehend zu decken („100%EE“). Ein solches Konzept wurde von der Ratsmehrheit bisher abgelehnt. Private Initiativen sind insbesondere durch Beratung und Vermittlung von Fördermitteln zu unterstützen (Klimaschutzmanager ab 2015 in der Verwaltung).

ad III: Die Fracking-Technologie wird in Übereinstimmung mit der Landespolitik für das Gemeindegebiet abgelehnt.